

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886848 ppbr d

Inhalt

Robert Antretter MdB, Obmann der Arbeitsgemeinschaft Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion, zum Wahlsieg von Felipe Gonzalez: Ein Sieg für das demokratische Europa.

Seite 1

Hartwig Reimann, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern, formuliert zentrale Aufgaben der Städte und Gemeinden: Die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen, die Umwelt retten.

Seite 2

Dokumentation:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten D. Voigt, Obmann seiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, setzte sich auf der Tagung „Rüstung im Weltall“ der Evangelischen Akademie Loccum mit dem SDI-Projekt auseinander. Seine Ausführungen im Wortlaut.

Seite 4

41. Jahrgang / 115

23. Juni 1986

Ein Sieg für das demokratische Europa

Hilfe zur Selbsthilfe muß intensiviert werden

Von Robert Antretter MdB

Obmann der Arbeitsgemeinschaft Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Wieder einmal hat es Felipe Gonzalez geschafft. Bei den Parlamentswahlen hat er mit seiner Sozialistischen Partei die absolute Mehrheit, wenn auch mit geringen Einbußen, verteidigen können. Die jetzt erzielten 44 Prozent der Stimmen bedeuten 182 der 350 Mandate. Damit ist zum einen der klare 20 Prozent-Abstand zur Konservativen Volksallianz des ehemaligen Franco-Ministers Fraga Iribarne gehalten worden. Zum anderen aber bleiben die Kommunisten eine politische Randgröße. Daß gleichzeitig der frühere Ministerpräsident Adolfo Suarez einen Achtungserfolg errungen hat, signalisiert ebenfalls einen Trend zur Verfestigung der spanischen Demokratie, den wir Sozialdemokraten immer gewollt und aktiv gefördert haben. Insofern zählt sich der Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft jetzt schon politisch aus.

Aber auch unter innenpolitischen Aspekten ist die Rechnung von Felipe Gonzalez voll aufgegangen. Nach dem gelungenen Kraftakt beim Volksentscheid über die Nato-Mitgliedschaft Spaniens hat der Regierungschef den Wahltermin um vier Monate vorgezogen, um die Gunst der Stunde zu nutzen. Angesichts des zwar ebenso notwendigen wie unpopulären wirtschaftspolitischen Kurses war dies ein kluger Schachzug. Die Mitgliedschaft Spaniens in der Europäischen Gemeinschaft verlangt industrielle wie landwirtschaftliche Modernisierungen. Nachdem die Spanier schon beim Nato-Referendum eine realpolitische Einsichtsfähigkeit bewiesen haben, zeigt auch das jetzige Ergebnis der Wahl, daß sie bereit sind, die für den EG-Beitritt unvermeidlichen Anpassungslasten auf sich zu nehmen. Dabei vertrauen sie offenbar Gonzalez, daß dessen Strukturpolitik den erhofften wirtschaftlichen Erfolg bringen wird, obwohl die augenblickliche Massenarbeitslosigkeit fast trostlos erscheint. Drei Millionen Spanier - 22 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung - sind ohne Beschäftigung. Das ungelöste Problem der Massenarbeitslosigkeit zeigt aber auch, daß der Wahlsieg von Gonzalez einen Anspruch auf Hilfe durch die Europäische Gemeinschaft bedeutet. Die entwicklungspolitische „Hilfe zur Selbsthilfe“ durch integrierte Mittelmeerprogramme muß jetzt noch stärker intensiviert werden.

Wir Sozialdemokraten freuen uns über den Sieg der spanischen Sozialisten. Das vorliegende Wahlergebnis ist ein Sieg für die spanische Demokratie, aber auch ein Sieg für das demokratische Europa.

(-/23.6.1986/va-he/st)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erhältliche Ausgabe
mit 12 neuen Beilagen
Kartographie



Die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen, die Umwelt retten

Zentrale Aufgabe auch für die Kommunalpolitik

Von Hartwig Reimann

Oberbürgermeister von Schwabach

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern (SGK)

Die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen und unsere Umwelt retten: Das sind heute die zentralen Aufgaben für Politik und Wirtschaft auch im Freistaat Bayern. Der lange Zeit behauptete Widerspruch zwischen der Sicherheit von Arbeitsplätzen und dem Umweltschutz ist falsch. Richtig ist vielmehr: Investitionen im Umweltschutz lindern die Arbeitslosigkeit, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit, fördern die Absatzchancen. Kurz gesagt: die ökonomischen Notwendigkeiten müssen mit dem unbedingten Vorrang der ökologischen Forderungen verbunden werden.

Umweltbelastungen verringern und vermeiden dient demnach elementar unseren Bürgern und den kommenden Generationen. In den Bereichen Gewässerschutz, Wasserversorgung, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Abfallwirtschaft, Energieversorgung, Naturschutz, öffentlicher Personennahverkehr und bei Wohnumfeldverbesserungen besteht ein gewaltiger Investitionsbedarf, der nur im Zusammenwirken staatlicher, kommunaler und privater Anstrengungen befriedigt werden kann.

Umweltschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe - aber auch ein Auftrag für jeden von uns. Wie wir alle morgen leben, hängt weitgehend davon ab, wie jeder einzelne von uns mit den Gütern der Natur umgeht und wie jeder bereit ist, die vorhandenen Reserven zu schonen. Umweltpolitik ist zu Recht für viele Bürger zum Prüfstein für die Fähigkeit der Politik und ihre Repräsentanten geworden, wie sie die Zukunftsprobleme bewältigen.

Umweltpolitik in den Kommunen muß verlässlich, berechenbar und langfristig angelegt sein. Deswegen muß Umweltschutz vor allem von den Arbeitnehmern getragen und unterstützt werden. Unbestritten haben wir alle zu lange unsere Umwelt als Gut betrachtet, über das frei verfügt werden kann. So entwickelten sich Produktionsverfahren, die ausschließlich an quantitativem Wachstum orientiert waren und auf umweltpolitische Anliegen keine Rücksicht nahmen.

Mit allem Nachdruck treten wir daher heute für ein qualitatives Wachstum ein.

Besondere Verantwortung für den Umweltschutz in den Kommunen tragen auch die Unternehmen. Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß sich die meisten Unternehmer dieser neuen Dimension eines strukturellen Wandlungsprozesses stellen werden. Wir meinen allerdings, daß die „Selbststeuerungsfähigkeit“ der Wirtschaft überfordert ist, wenn der umweltpolitische Fortschritt allein den „Kräften des Marktes“ überlassen bleibt. Dem Staat kommt eine ganz wesentliche Steuerungs- und Ausgleichsfunktion zu, welche die Wirtschaft allein nicht leisten kann.

Das bedeutet: Die Politik der Bayerischen Staatsregierung muß entschieden mehr als bisher alle Möglichkeiten nutzen, um mehr Arbeitsplätze durch mehr Umweltschutz zu schaffen, und überzeugende Anreize geben, wie Energie und Roststoffe sparsamer gebraucht, bereits eingesetzte Stoffe wieder verwendet und damit die Belastungen unserer Umwelt verringert werden können.

Erst auf massiven Druck der bayerischen SPD und der Öffentlichkeit konnte sich die CSU-Staatsregierung zum verstärkten Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch die Neufassung des Artikel 141 Bayerische Verfassung entschließen. Im täglichen Umgang verharrt sie jedoch bei ihrer Praxis, schließlich nicht mehr zu übersehene Schäden als „längst erkannt“ zuzugeben, ökologischen Entwicklungen hinterherzulaufen und mit ungeheurem Kostenaufwand die ärgsten Zerstörungen der Umwelt zu reparieren. Wir Sozialdemokraten vertreten dagegen die Auffassung, daß



- Umweltpolitik nicht zum bloßen Reparaturbetrieb bereits eingetretener Schäden verkommen darf;
- das Verursacherprinzip zur Beseitigung von Umweltschäden aus der Vergangenheit allein nicht ausreicht; ergänzend muß dabei auch das Gemeinlastenprinzip zum Tragen kommen;
- die Politik beim Entwickeln von „Vermeidungsstrategien“ eine aktive Rolle spielen muß;
- das gemeinsame Eigentum an gesunder Luft, gesundem Boden, an gesundem Wasser und an der Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten mit gleichem Nachdruck wie persönliches Eigentum zu schützen ist.

Bei fortschreitendem Waldsterben gehen schließlich nicht nur etwa 800.000 Arbeitsplätze in der Holzverarbeitenden Wirtschaft verloren, sondern wird auch der gesamte Fremdenverkehr gefährdet. Die Frage lautet also nicht, ob wir uns Umweltschutz wirtschaftlich leisten können, sondern ob wir gerade aus wirtschaftlichen Gründen auf Umweltschutz verzichten dürfen.

Für uns Sozialdemokraten in den Kommunen ist die Vorstellung einer lang anhaltenden Massenarbeitslosigkeit unerträglich. Die ökologische Modernisierung unserer Volkswirtschaft ist daher unabdingbar; sie wird von uns als Beitrag verstanden, um den Widerspruch unserer Zeit zu lösen: daß sich nämlich der Mensch zur Sicherung seines Wohistands und seiner Arbeitsplätze die Natur unterworfen und dabei seine natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet hat.

Der Weg der ökologischen Reformen ist damit der Weg des Friedens mit der Natur und letztlich mit uns selber.

(-/23.6.1986/va-he/ru)

* * *



DOKUMENTATIONKarsten D. Voigt: Zehn Thesen zu SDI

Auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zum Thema „Rüstung im Weltall“, die am 13. bis 15. Juni stattfand, setzte sich der SPD-Politiker Karsten D. Voigt, Obmann seiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, mit dem Weltraumprojekt der USA auseinander. Wir dokumentieren seine Ausführungen im Wortlaut.

1. So überraschend es klingen mag, anfänglich haben manche kritische Sicherheitspolitiker die Erklärung von Präsident Reagan über SDI vom März 1983, die Strategie der Abschreckung durch eine gegenseitig gesicherte Verteidigungsfähigkeit zu überwinden, mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. In der Tat hat Präsident Reagan zur Begründung seiner strategischen Verteidigungsinitiative Begriffe aus der Friedensbewegung verwendet: die Notwendigkeit der Ablösung der Strategie der gegenseitigen Vernichtung durch eine Strategie der gegenseitig verbürgten Sicherheit, das Ziel, nukleare Waffen durch konventionelle überflüssig zu machen, die Forderung, Offensivwaffen durch defensive Systeme zu ersetzen, die Notwendigkeit, mit der Sowjetunion zu einer Konzeption der gemeinsamen Sicherheit zu gelangen. Der verbalen Annäherung an die Friedensbewegung widersprach aber die Substanz des SDI-Konzeptes.
2. Die Reagan-Administration hat sehr schnell deutlich gemacht, daß das Ziel des SDI-Konzeptes nicht die Überwindung, sondern die Festigung des Systems der wechselseitigen Abschreckung sei. Einem potentiellen Angreifer soll eine militärische Option gegen die Vereinigten Staaten genommen werden, indem seine offensiven Nuklearwaffen durch nicht-nukleare Defensivwaffen weitgehend neutralisiert werden. Die Schaffung eines absoluten Schutzschildes, das kein gegnerisches nukleares Offensivsystem durchlassen würde, ist technisch nicht zu verwirklichen. Das System der nuklearen Abschreckung kann durch die Einführung von Technologien der strategischen Verteidigung nicht überwunden werden.

Die amerikanische Regierung hat inzwischen einräumen müssen, daß sie mit dem SDI-System auch auf lange Sicht keinen vollständigen Schutz der Bevölkerung erreichen kann. Auch wenn nur ein winziger Teil der sowjetischen Atomsprengköpfe den Schild durchdringen würde, hätte dies katastrophale Folgen für die Zivilbevölkerung.

Deshalb ist bereits heute klar, daß SDI nicht dazu führen wird, offensive Weltraumwaffen durch defensive zu ersetzen, sondern daß es vielmehr - bei einer Verwirklichung von SDI - zu gemischten offensiven und defensiven Systemen kommen würde, wobei die Systeme der strategischen Verteidigung vor allem dem Schutz von Raketensilos und Kommandozentralen zu dienen hätten.

3. SDI ist kein Mittel zur Entmilitarisierung des Ost-West-Konfliktes, sondern ein Schritt zur weiteren Militarisierung des Macht- und Systemkonfliktes zwischen Ost und West. Diesen Konflikt durch die Einführung immer neuerer hochmoderner Waffentechnologien überwinden zu können, ist ein technikbesessener Irrglaube. Ich stelle fest: Versöhnung kann nicht durch Technik erzwungen, Feindschaft nicht durch Technik überwunden werden.
4. Die Frage, ob SDI im Sinne der ursprünglichen Vision Präsident Reagans wissenschaftlich-technisch „machbar“ ist, stellt sich heute so nicht mehr. Die ganz überwiegende Mehrzahl der amerikanischen und europäischen Wissenschaftler hält die Entwicklung und die Aufstellung eines hundertprozentig wirksamen Weltraumverteidigungssystems für technisch nicht erreichbar. Trotz der Abstriche des amerikanischen Kongresses am SDI-Budget, wird das SDI-Projekt zu einer weiteren Militarisierung der Wissenschaft, der Forschung und der Technologie führen.



5. Eine Unterstützung des SDI-Konzeptes widerspricht den deutschen sicherheitspolitischen Interessen. Die Einführung von SDI-Systemen schwächt die amerikanische Sicherheitsgarantie gegenüber Westeuropa. Die Errichtung solcher Systeme sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in der Sowjetunion würde eine Tendenz zur Abkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten fördern. Die mobile Stationierung und die weit kürzeren Flugzeiten von Kurz- und Mittelstreckenraketen schließen mehrfach gestufte Abwehrsysteme, wie es die USA durch SDI für ihren Schutz vorsehen, in Europa aus. Bei einer weitgehenden Neutralisierung der zentralstrategischen Systeme durch SDI würde die Regionalisierung eines Nuklearkonfliktes und die Limitierung des nuklearen Schlagabtausches auf das europäische Gefechtsfeld denkbarer als bisher. Die konventionelle Überlegenheit eines Angreifers würde militär-strategisch noch bedeutsamer als bisher werden.

Dies heißt nichts anderes, als daß im Rahmen einer rein militärischen Risikoabwägung die Kriegsr Risiken für die Europäer durch eine Einführung von SDI-Systemen in den USA und der Sowjetunion zunehmen würden. Die Einführung von SDI-Systemen führt in der Allianz zu Zonen mit unterschiedlicher, abgestufter Sicherheit. Die sowieso schon mehr postulierte als realisierte strategische Einheit des Bündnisses würde weiter untergraben. Eine weitere Schwächung auch des politischen Zusammenhaltes im transatlantischen Bündnis wäre die Folge.

6. Die Einführung von SDI-Systemen gefährdet Abrüstungsverhandlungen. Die Einführung von SDI-Systemen würde nicht zur Abrüstung, sondern zur weiteren Aufrüstung in Ost und West führen. Die Einführung von SDI-Systemen durch die USA wird nicht zur weltweiten Abschaffung von offensiven Nuklearwaffen beitragen. Sie wird im Gegenteil eine neue Runde des Wettrüstens auf dem Gebiet der offensiven Nuklearwaffen auf derjenigen Seite auslösen, die sich bei der Verwirklichung des SDI-Projektes im Rückstand fühlt.
7. Die Forschungsarbeit an SDI bedroht bereits heute bestehende Rüstungskontrollvereinbarungen. 1972 haben die USA und die Sowjetunion den ABM-Vertrag unterschrieben, der den Bau von antibalistischen Raketensystemen radikal beschränkt.

Da Forschungen im Labor nicht verifizierbar sind, unterscheidet der Vertrag zwischen Forschung einerseits und Testen, Entwicklung und Aufstellung andererseits. Der Fortgang der SDI-Forschungen



läßt vermuten, daß die Grenzen des vom ABM-Vertrag Erlaubten sehr bald erreicht sein werden. Mit dem Vorwurf, die Sowjetunion habe durch verschiedene Projekte den ABM-Vertrag bereits heute verletzt, wird die Aufkündigung des ABM-Vertrages psychologisch vorbereitet. Die Haltung der amerikanischen Administration in dieser Frage scheint gespalten. Eine starke Gruppe, insbesondere im Pentagon, spricht sich für eine Aufgabe des ABM- und des SALT II-Vertrages aus, während andere Politiker innerhalb der Reagan-Administration daran festhalten. Mithin zerbricht der ABM-Vertrag an den SDI-Arbeiten; dann zerstört dieses Projekt den wichtigsten Pfeiler der Rüstungsbegrenzungs-politik.

8. Die von der Bundesregierung mit den USA ausgehandelten Rahmenbedingungen für eine Beteiligung deutscher Firmen am SDI-Forschungsprogramm mißachtet legitime Interessen der deutschen Industrie. Sie führen zu einer zusätzlichen Verpflichtung der deutschen Industrie auf Geheimhaltungsvorschriften der USA und öffnen einer weiteren Reglementierung des Technologietransfers zwischen der Bundesrepublik Deutschen und osteuropäischen Handelspartnern Tür und Tor.
9. Der Verzicht auf SDI bedeutet nicht den Verzicht auf die Nutzung moderner Technologie. Die friedliche Weltraumforschung und die Entwicklung von neuen Umwelttechnologien können und sollten im Rahmen des EUREKA-Konzeptes als zivile Alternative zum militärischen SDI-Forschungsprogramm politisch unterstützt und auch aus öffentlichen Haushaltsmitteln finanziert werden.
10. Den sicherheits- und abrüstungspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland entspräche ein möglichst frühzeitiges und eindeutiges Nein zu den mit dem SDI-Forschungsprogramm verbundenen militärstrategischen Erwägungen. Das Rahmenabkommen der Bundesregierung über eine Beteiligung der deutschen Wirtschaft am SDI-Forschungsprogramm trägt zur politischen Legitimierung eines falschen und gefährlichen Konzeptes bei. Schon aus diesem Grunde sollte dieses Rahmenabkommen sobald wie möglich wieder aufgekündigt werden.

(-/23.6.1986/vo-he/st)

* * *

